



**Interpellation der ALG-Fraktion
betreffend Kinder und Jugendliche im Asylbereich**
(Vorlage Nr. 4038.1 - 18437)

Antwort des Regierungsrats
vom 26. Mai 2026

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die ALG-Fraktion reichte am 18. Dezember 2025 die Interpellation betreffend Kinder und Jugendliche im Asylbereich ein. Die Interpellation wurde dem Regierungsrat am 29. Januar 2026 überwiesen.

A. Einleitende Bemerkungen

In der Interpellation wird die Situation von unbegleiteten Minderjährigen (Mineurs non accompagnés, MNA) wie auch von Kindern in Nothilfe behandelt. Damit stehen zwei unterschiedliche Personengruppen im Fokus, für die verschiedene rechtliche Rahmenbedingungen, Zuständigkeiten und Betreuungsstrukturen gelten und die deshalb klar voneinander zu unterscheiden sind:

Unbegleitete Minderjährige

Zu den unbegleiteten Minderjährigen (Mineurs non accompagnés, MNA) zählen Kinder und Jugendliche, die ohne Eltern oder sorgeberechtigte Personen in die Schweiz einreisen. Viele dieser Jugendlichen sind besonders schutzbedürftig, da sie im Herkunftsland oder auf der Flucht schweren traumatisierenden Erfahrungen ausgesetzt waren, namentlich Gewalt, Ausbeutung, Trennung oder lebensbedrohliche Situationen. Rund die Hälfte leidet an Symptomen einer posttraumatischen Belastungsstörung, an Depressionen oder Angststörungen.¹ Der häufig bestehende Erwartungsdruck, die Familie finanziell unterstützen zu müssen, übersteigt zudem oft die altersgemässe Belastbarkeit und verstärkt Überforderung, emotionalen Stress und psychische Instabilität.

Die überwiegende Mehrheit der MNA im Kanton Zug ist männlich; per Mitte Mai 2026 waren 52 MNA männlich, 1 MNA war weiblich. Mehr als die Hälfte der insgesamt 53 MNA stammt aus Afghanistan (28). Weitere Herkunftsländer sind die Ukraine (7), Somalia (7), Eritrea (4), Äthiopien (2), Sudan (2), die Elfenbeinküste (1), Marokko (1) und Syrien (1). 49 der männlichen MNA sind in den dafür vorgesehenen Strukturen in der Sennhütte und im Alten Kantonsspital (AKS) untergebracht. Zwei Jugendliche müssen aufgrund von problematischem Verhalten in spezialisierten externen Strukturen betreut werden; ein Jugendlicher lebt in einer Wohngemeinschaft mit seinem älteren Bruder, die weibliche MNA bei einer erwachsenen Angehörigen, da die Unterbringung von weiblichen MNA im Kanton Zug nicht in kantonalen Kollektivunterkünften erfolgt.

Kinder in Nothilfe

Personen, die einen rechtskräftigen Nichteintretensentscheid gemäss Asylgesetz oder einen negativen Asylentscheid erhalten haben, werden vom Staatssekretariat für Migration in der Regel weggewiesen. Ist der Vollzug der Wegweisung möglich, zulässig und zumutbar und wird die Ausreisefrist nicht eingehalten, halten sich diese Personen ohne regulären Aufenthaltsstatus und damit illegal in der Schweiz auf. Sie sind von der Sozialhilfe ausgeschlossen und haben einzig ein Anspruch auf Hilfe in Notlagen, die sogenannte Nothilfe. Sie stellt das Existenzminimum sicher und umfasst insbesondere Unterkunft, Nahrung, Kleidung sowie die medizinische

¹ Vgl. PubMed Central [PMC] 2009; Frontiers in Psychology 2024

Grundversorgung. Grundlage dafür ist Art. 12 der Bundesverfassung (BV; SR 101). Integrationsleistungen sind ausgeschlossen. Die Nothilfe soll keinen Anreiz für einen weiteren Verbleib schaffen. Ziel des Staates bleibt der Vollzug der Wegweisung.²

Im Kanton Zug beziehen per Mitte Mai 2026 88 Personen Nothilfe, darunter 25 Kinder und Jugendliche. Diese Familien mit Kindern und Jugendlichen werden, wenn möglich, nicht in grossen Kollektivunterkünften untergebracht, sondern in kleineren, familiengeeigneten Strukturen. Das ist bis auf zwei Ausnahmen – betroffen sind vier Kinder und Jugendliche – auch aktuell der Fall.

Unabhängig von der jeweiligen Unterbringungs- und Betreuungssituation koordiniert die Fachspezialistin «Kind und Familie» der Abteilung Soziale Dienste Asyl (SDA) des Kantonalen Sozialamts die Fragen des Kindeswohls. Sie rapportiert direkt an die Abteilungsleitung der SDA.

B. Beantwortung der Fragen

Frage 1: Was sind die Gründe, weshalb die Regierung den Betreuungsauftrag dem Unternehmen ORS anvertraut? Wie verändert sich die Betreuung unter der ORS im Vergleich zur bisherigen Situation für die betroffenen Minderjährigen? Wie stellt die Regierung die Qualität der Betreuung der MNA unter der Firma ORS sicher?

Die Vergabe des Betreuungsauftrags für MNA erfolgte gemäss den Vorgaben des Submissionsrechts. Das Angebot der ORS Service AG erhielt den Zuschlag, da es die definierten Anforderungen am besten erfüllte. Den Qualitätskriterien wurde mit 60 Prozent ein höheres Gewicht eingeräumt als dem Preis, um den hohen fachlichen, strukturellen und personellen Anforderungen der Betreuung der MNA Rechnung zu tragen.

Die Erfahrung im Asylwesen zeigt, dass weder eine gemeinnützige noch eine staatliche oder private Trägerschaft für sich genommen eine friktionslose Betreuung garantiert. Qualität ist kein statisches Organisationsmerkmal, sondern das Ergebnis qualifizierten Personals, klarer Prozesse und einer wirksamen Aufsicht.

Die Aufsicht über die MNA-Unterkünfte wird durch die Abteilung Behinderung und Betreuungsleistungen des Kantonalen Sozialamts wahrgenommen. Sie erfolgt gestützt auf die Pflegekinderverordnung und orientiert sich an den für stationäre Betreuungsangebote geltenden Anforderungen an Betreuung, Personal, Leitung und Infrastruktur. Die Aufsicht umfasst regelmässige Überprüfungen, Vor-Ort-Besuche sowie die Beurteilung besonderer Vorkommnisse und wesentlicher Änderungen im Betrieb; auf dieser Grundlage werden Feststellungen und Empfehlungen formuliert und bei Bedarf aufsichtsrechtliche Massnahmen eingeleitet. Davon zu unterscheiden ist die fachliche Steuerung und operative Begleitung des Leistungserbringers durch die SDA. Der Betreuungsauftrag ist in einem Pflichtenheft sowie in klaren fachlichen und organisatorischen Vorgaben festgelegt und wird laufend überprüft. Durch klar geregelte Zuständigkeiten und eine strukturierte Berichterstattung wird sichergestellt, dass Entwicklungen im Betrieb frühzeitig erkannt und allfällig erforderliche Anpassungen zeitnah umgesetzt werden können. Durch

² Ein wesentliches praktisches Hindernis für den Vollzug rechtskräftiger Wegweisungen ist die fehlende Mitwirkung betroffener Personen bei der Identitätsklärung und der Papierbeschaffung. Obwohl ein Wegweisungsvollzug rechtlich zulässig und zumutbar ist, setzt seine Durchführung die Rückübernahmebereitschaft des Herkunftsstaates voraus, welche an den Nachweis der Staatsangehörigkeit gebunden ist. In der Praxis kommt es vor, dass Personen keine Identitäts- oder Reisedokumente vorlegen und ihrer gesetzlichen Mitwirkungspflicht gemäss Art. 90 des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (Ausländer- und Integrationsgesetzes, AIG; SR 142.20) nicht nachkommen. In solchen Fällen sind zeit- und ressourcenintensive Abklärungen erforderlich. Da die Ausstellung von Ersatzreisedokumenten ein souveräner Akt des Herkunftsstaates ist, kann fehlende Kooperation faktisch zu einem Vollzugsstopp führen. Die betroffenen Personen verbleiben in diesen Fällen trotz Ausreisepflicht im Nothilfesystem.

die Übernahme eines wesentlichen Teils des bisherigen Betreuungspersonals bleiben zudem Erfahrungswissen und bestehende Vertrauensverhältnisse zu den Jugendlichen erhalten. Für die betroffenen Jugendlichen haben sich durch den Anbieterwechsel keine wesentlichen Veränderungen ergeben; sie werden weiterhin an denselben Standorten und in denselben Strukturen betreut und besuchen die gleichen Bildungs- und Integrationsangebote.

Frage 2: Inwiefern sieht der Regierungsrat für MNA sowie Kinder und Jugendliche in der Nothilfe Handlungsbedarf, um das Wohl der Kinder im Kanton Zug zu verbessern?

Namentlich in folgenden Punkten:

- **Vermeidung eines Langzeitbezugs von Nothilfe und bei Langzeitbezug eine Verbesserung der Lebensqualität (a)**
- **Sicherstellung der sozialen Teilhabe? (b)**
- **Sicherstellung von familiengerechten Unterkünften mit Rückzugs- und Lernmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche? Können die aktuellen Standorte in der Sennhütte und im Alten Kantonsspital dies bieten? (c)**
- **Sicherstellung gezielter Förderung, ausreichend Stimulation für Kinder im Vorschulalter und Zugang zu Freizeitbeschäftigungen? (d)**
- **Die Bereitstellung von psychologischen Betreuungsangeboten und Unterstützungsprogrammen? (e)**
- **Verbesserter Zugang zur Volksschule und Berufsbildung? (f)**
- **Verbesserter Zugang zu medizinischen Behandlungen? (g)**

Der Regierungsrat anerkennt die besondere Schutzbedürftigkeit von MNA sowie von Kindern und Jugendlichen in der Nothilfe. Er stellt im Rahmen der geltenden rechtlichen Vorgaben sicher, dass das Kindeswohl angemessen berücksichtigt wird. Dabei stehen die altersgerechte Betreuung, der Zugang zu Bildung sowie eine bedarfsgerechte Begleitung dieser Kinder und Jugendlichen im Vordergrund. Entsprechende Massnahmen werden im Rahmen der bestehenden Zuständigkeiten und rechtlichen Vorgaben umgesetzt. Der Regierungsrat sieht auf Grundlage der nachfolgenden Erläuterungen derzeit keinen zusätzlichen Handlungsbedarf über die bestehenden Massnahmen hinaus.

a) Vermeidung eines Langzeitbezugs von Nothilfe und bei Langzeitbezug eine Verbesserung der Lebensqualität?

Die Nothilfe ist rechtlich als Übergangslösung ausgestaltet und nicht auf Dauer angelegt, da es sich nicht um einen rechtmässigen Aufenthalt handelt und das staatliche Ziel im Vollzug der Wegweisung liegt. Ziel ist es, langandauernde Nothilfebezüge soweit möglich zu vermeiden; gleichwohl können solche in Einzelfällen nicht ausgeschlossen werden. Bei Kindern oder Jugendlichen wird darauf geachtet, dass die Lebensbedingungen angemessen ausgestaltet sind. So werden Kinder und Jugendliche von Nothilfebeziehenden im schulischen Bereich gleichbehandelt wie alle anderen schulpflichtigen Kinder im Asyl- und Flüchtlingsbereich. Zudem werden im Kanton Zug auch Kinder und Jugendliche in der Nothilfe bereits heute in familiene geeigneten Strukturen untergebracht.

b) Sicherstellung der sozialen Teilhabe?

Bei MNA ist die Förderung sozialer Integration und gesellschaftlicher Teilhabe Bestandteil des Betreuungsauftrags. Neben einem angemessenen Betreuungsschlüssel und qualifiziertem Fachpersonal tragen insbesondere die enge Vernetzung mit kantonalen Akteurinnen und Akteuren im Bereich Integration sowie die gezielte Unterstützung von Engagements in lokalen Vereinen zur sozialen Teilhabe der Jugendlichen bei.

Für Kindern und Jugendlichen in der Nothilfe können im Rahmen der geltenden Ansätze Beiträge für Freizeit- und Bildungsangebote übernommen werden, namentlich für die Teilnahme an

Schullagern, Ausflügen oder Aktivitäten in Vereinen. Damit wird die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in der Nothilfe im gesetzlich vorgesehenen Rahmen unterstützt.

c) Sicherstellung von familiengerechten Unterkünften mit Rückzugs- und Lernmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche? Können die aktuellen Standorte in der Sennhütte und im Alten Kantonsspital dies bieten?

Die MNA sind in der Sennhütte in Zwei- bis Viererzimmern und im Alten Kantonsspital (AKS) in Zwei- bis Dreierzimmern untergebracht. In der Sennhütte stehen zwei Aufenthaltsräume zur Verfügung, von denen einer gezielt als Rückzugs- und Lernort genutzt wird. Im AKS steht ein grosser Aufenthaltsraum zur Verfügung; zusätzlich ist vorgesehen, einen bisher als Lager genutzten Raum zu einem Rückzugs- und Lernort umzunutzen. Ergänzend nutzen einzelne MNA die frei zugänglichen Arbeitsplätze der Studienbibliothek der Stadt Zug in der Nähe des AKS als Lernort.

Kinder und Jugendliche in der Nothilfe sind in kleineren, familiengeeigneten Strukturen untergebracht. Daraus ergeben sich im Rahmen der jeweiligen Unterbringung Rückzugs- und Lernmöglichkeiten.

d) Sicherstellung gezielter Förderung, ausreichend Stimulation für Kinder im Vorschulalter und Zugang zu Freizeitbeschäftigungen?

Die primäre Verantwortung für die Förderung und altersgerechte Stimulation von Kindern im Vorschulalter obliegt grundsätzlich den Eltern. Bezüglich MNA wird auf die Ausführungen in der Antwort zur Sicherstellung der sozialen Teilhabe verwiesen.

e) Die Bereitstellung von psychologischen Betreuungsangeboten und Unterstützungsprogrammen?

Im Kanton Zug besteht bereits heute eine breite Palette an psychologischen Betreuungsangeboten und Unterstützungsprogrammen:

- Die niederschweligen psychosozialen Beratungsangebote von Triangel, Punkto und eff-zett stehen allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Kanton Zug zur Verfügung. Ergänzend bestehen Angebote, die sich insbesondere an Personen mit Fluchthintergrund richten und bei Bedarf auch mehrsprachige Unterstützung ermöglichen.
- Bei problematischem Umgang mit Substanzen oder mit psychoaktiven Angeboten wie Gaming, Glücksspiel, Social Media oder Pornografie bietet die Suchtberatung des Kantons Zug im Rahmen ihres regulären Angebots auch Beratungen für MNA an. Bei Bedarf werden Dolmetschende beigezogen. Zudem besteht ein regelmässiger Austausch zwischen der Suchtberatung und den Betreuungspersonen der betroffenen Jugendlichen.
- Darüber hinaus ist die Suchtberatung des Kantons Zug in bestehende Bildungs- und Integrationsangebote eingebunden; namentlich in das Integrations-Brücken-Angebot für Jugendliche (I-B-A), das Schulische Brückenangebot (S-B-A), das Programm Einstieg in die Berufswelt (EiB) sowie in den Verein ProArbeit Zug, der im Kanton Zug Angebote in den Bereichen Deutsch und Allgemeinbildender Unterricht auch für MNA bereitstellt.
- Zusätzlich führt die Suchtberatung regelmässig Workshops zu gesundheitlichen Themen durch.

f) Verbesselter Zugang zur Volksschule und Berufsbildung?

MNA im schulpflichtigen Alter werden in der Regel in Integrationsklassen aufgenommen (siehe auch das Konzept Integrationsklassen, Beilage zum Bildungsratsbeschluss vom 1. Oktober 2025; [Bildungsrat](#)). Im Kanton Zug stehen entsprechende Angebote auf der Primar- und der Sekundarstufe I zur Verfügung. Anschlusslösungen bestehen insbesondere im Übergang in Regelklassen oder in Brückenangebote wie das Integrations-Brücken-Angebot I-B-A.

Die Zusammenarbeit zwischen den Unterkünften und den schulischen Stellen ist etabliert. Anspruchsvollere Fälle werden regelmässig in der Arbeitsgruppe Asyl Bildung gemeinsam mit den zuständigen Fachstellen beurteilt und koordiniert.

Alle Kinder und Jugendlichen im obligatorischen Schulalter werden unabhängig von Aufenthaltsstatus und Unterbringung beschult. Bei Neuzuweisungen erfolgt die Einschulung zeitnah; bei besonderem Unterstützungsbedarf bestehen definierte Verfahren.

Der Zugang zur Berufsbildung erfolgt über den regulären Lehrstellenmarkt. Unterstützend wirken insbesondere Brückenangebote sowie die Integrationsvorlehre (INVOL), welche Jugendliche gezielt auf eine berufliche Grundbildung vorbereitet.

Für Jugendliche in der Nothilfe bestehen nach Abschluss der obligatorischen Schulpflicht keine Anschlusslösungen. Sie haben keinen Zugang zu Brückenangeboten, INVOL, EBA- und EFZ-Ausbildungen oder weiterführender Schulbildung.

g) Verbesselter Zugang zu medizinischen Behandlungen?

Die medizinische Versorgung wird durch das Team Gesundheit der SDA koordiniert. Dieses führt Sprechstunden in den Asylunterkünften durch und gewährleistet einen niederschweligen Zugang zum Versorgungssystem.

Für Kinder und Jugendliche besteht eine etablierte Zusammenarbeit mit kinder- und jugendmedizinischen Praxen. Beim Übergang in die Nothilfe werden laufende medizinische oder psychologische Behandlungen nicht automatisch beendet; vielmehr erfolgt eine Einzelfallprüfung zur Sicherstellung des Kindeswohls.

C. Antrag

Kenntnisnahme.

Zug, 26. Mai 2026

Mit vorzüglicher Hochachtung
Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Andreas Hostettler

Die stv. Landschreiberin: Renée Spillmann Siegwart